



Datum: 18.02.2026

Autor: Magdalena Martullo-Blocher Über Die Finanzpolitik In Bern

Berner Politik

Ein Fass ohne Boden

Magdalena Martullo-Blocher*
über die Finanzpolitik
in Bern



Mit Mehrwertsteuer, direkter Bundessteuer und anderen Abgaben nahm der Staat 1995 37 Milliarden Franken ein, heute sind es 85 Milliarden. Trotz der sprudelnden Einnahmen sind die Finanzen in Schieflage. Der Bund gibt mehr aus, als er einnimmt. In der Frühlingssession berät der Nationalrat das «Entlastungspaket 2027». Ursprünglich wollte man jährlich über drei Milliarden Franken sparen. Am Schluss sind es wohl nur 1 bis 2 Milliarden weniger. Fest steht: Die Ausgaben sollen weiter wachsen und man gibt mehr aus, als man hat! In zehn Jahren sind die Ausgaben von 65 auf über 90 Milliarden Franken gestiegen. 2029 sollen es hundert Milliarden sein! Ein Drittel für «Soziale Wohlfahrt». Für Migration und Entwicklungshilfe wird doppelt so viel ausgegeben wie für Landwirtschaft und Ernährung. Auf Begehrlichkeiten will man trotzdem nicht verzichten. Dafür soll dem Volk noch mehr aus der Tasche gezogen werden. Für die Armee will Bundesrat

Pfister die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent erhöhen, obwohl ein Armeekonzept fehlt. Für die 13. AHV-Rente soll es 1 Prozentpunkt sein. Jeder, der in der Schweiz etwas kauft, zahlt dann mehr. Auch neue Lohnabzüge sind kein Tabu. Vom Lohn bleibt immer weniger für den Lebensunterhalt, steigende Krankenkassenprämien inklusive. Auch ohne finanziellen Spielraum wollen SP und Grüne munter mehr Geld ausgeben. Der Klimafonds, über den wir im März abstimmen, sieht Ausgaben von jährlich acht Milliarden Franken vor. Dafür soll die Schweiz die bewährte Schuldenbremse ausschalten und mehr Schulden machen.

Die Schweiz war froh, im Gegensatz zu den EU-Staaten (noch) keine zweistellige Mehrwertsteuer zu haben – dort liegt sie meist über 20 Prozent. Auch dank der Schuldenbremse stehen die Schweizer finanziell besser da als ihre Nachbarn. Frankreich und Italien sind bis viermal so hoch verschuldet. Der deutsche Staatshaushalt wird durch die Soziale Sicherung, die Rüstung und den Schuldendienst praktisch aufgebraucht. Man trickst mit «Sondervermögen» und verschuldet sich.

Mit dem EU-Vertragspaket soll die Schweiz noch einen Teil der europäischen Schuldenwirtschaft finanzieren: Jährliche Milliardenzahlungen für die «Kohäsion», Beteiligung an Programmen und Agenturen, ohne über die

Beträge bestimmen zu können. Der Familiennachzug wird die Sozialwerke zusätzlich belasten. Auch hier handelt man in Bern verantwortungslos. Obwohl gesetzlich verpflichtet, verzichtet die Verwaltung explizit auf eine Regulierungsfolgen- und Kostenabschätzung. Das EU-Vertragspaket hätte in der Schweiz zahlreiche Kostenauswirkungen, sodass man bewusst darauf verzichtet habe, diese zu erfassen.

Die Finanzdisziplin aufzugeben, ist der teuerste Entscheid überhaupt. Die Schweiz muss dem grenzenlosen Ausgabenwachstum endlich Einhalt gebieten! Statt sich bequem beim Volk zu bedienen und zukünftige Generationen mit Schulden zu belasten, soll die Politik endlich ihr «Fass ohne Boden» schliessen! Neue Ausgaben sind vorerst rigoros abzulehnen. Das Volk ist bereits konsequenter als die meisten Parlamentarier. Es lehnt weitere Ausgaben im Verkehr, im Militär und hoffentlich auch für die EU klar ab. Sie haben inzwischen erkannt, dass ihnen neue Ausgaben einfach aus dem Portemonnaie gezogen werden. Nun ist es an uns Volksvertretern, die Finanzdisziplin konsequent in Bern einzufordern.

* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.